

# Aufsätze

*Heiner Meulemann*

## **Von Wertansprüchen an die Politik zur Anerkennung von Sachzwängen**

Die Entwicklung politischer Werteinstellungen bei ehemaligen Gymnasiasten im 16., 30., 43. und 56. Lebensjahr zwischen 1969 und 2010

### *Kurzfassung*

Die Entwicklung politischer Einstellungen zwischen Jugend und später Lebensmitte wird in einer Kohorte von 1.301 ehemaligen Gymnasiasten untersucht. Geprüft wird, ob Wertansprüche an die Politik und die Anerkennung von Sachzwängen im 30., 43. und 56. Lebensjahr von Startbedingungen und der politischen Sozialisation im 16. Lebensjahr, von ihren jeweils früheren Erhebungen sowie von beruflichen Erfahrungen bis zum 30., 43. und 56. Lebensjahr abhängen. Die Stabilität der Wertansprüche ist geringer als die der Anerkennung von Sachzwängen; die erste ist konstant, die zweite wächst. Die negativen Einflüsse der Wertansprüche auf die Anerkennung von Sachzwängen gehen zurück und die negativen Einflüsse der Anerkennung von Sachzwängen auf Wertansprüche steigen an. Die Einflüsse der Berufslaufbahn auf beide nehmen ab.

## Inhalt

1. Untersuchungsanlage	228
a) Untersuchungsziel	228
b) Zielkonzept und Zielvariable	229
c) Untersuchungsgruppe und Untersuchungsschritte	231
2. Entwicklung politischer Werteinstellungen zwischen dem 30. und 56. Lebensjahr	232
a) Entwicklungshypothese	232
b) Ergebnisse	233
3. Startbedingungen, beruflicher Lebenslauf und politische Werteinstellungen zwischen dem 16. und 56. Lebensjahr	235
a) Faktormodell	236
b) Strukturmodell: Exogene Variablen im 30. Lebensjahr, Auswahl und Hypothesen	243
(1) Startbedingungen im 16. Lebensjahr	243
(2) Lebenslauf zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr	244
c) Strukturmodell: Kausalhierarchie und Hypothesen	246
d) Strukturmodell: Ergebnisse	247
4. Schluss: Die Dominanz der Anerkennung von Sachzwängen in der Entwicklung	251

## 1. Untersuchungsanlage

### a) Untersuchungsziel

Dass politische Einstellungen in den prägenden Jahren zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr erworben und im späteren Leben nur noch wenig verändert werden, ist Überzeugung vieler Sozialwissenschaftler (Tormos 2012: 203-207). Aber die zu Beginn des bewussten politischen Lebens geprägte Stabilität schließt nicht aus, dass spätere Lebenserfahrungen politische Einstellungen verstärken oder abschwächen. Stabilität kann von Entwicklungen begleitet, der Einfluss von Startbedingungen durch Lebenserfahrungen überlagert werden.

Stabilität und Entwicklung politischer Einstellungen *nach* den prägenden Jahren sind selten untersucht worden, weil es wenige Längsschnittstudien über längere Zeitspannen gibt (Sigel 1989: 8; Jennings/Stoker 2004; Fend u. a. 2009). Die folgende Untersuchung will die Entwicklung politischer Einstellungen von der Jugend bis in die späte Lebensmitte durch *Startbedingungen* der prägenden Jahre sowie

spätere *Lebenserfahrungen* erklären. Sie behandelt Wertansprüche an die Politik und ihr Gegenstück, die Anerkennung von politischen Sachzwängen (Meulemann 1990).

Wertansprüche an die Politik werden meist konzipiert und erhoben, ohne dass die Anerkennung von Sachzwängen als Gegenpol gedacht, geschweige denn erhoben wird. Im Längsschnitt kann aber gerade die Anerkennung von Sachzwängen verständlich machen, warum eine Kohorte, die in den prägenden Jahren Wertansprüche übernommen hat, sich danach verändert – warum also Stabilität und Entwicklung, Kohortenprägung und Intrakohortenwandel koexistieren können. Denn die Anerkennung von Sachzwängen kann Wertansprüche relativieren – so wie Wertansprüche gegen die Anerkennung von Sachzwängen immunisieren können. Die Jugend muss nicht nur vor dem eigenen zukünftigen Leben, sondern auch vor ihrer Umwelt Distanz aufbauen, so dass sie Wertansprüche an die Politik leichter stellt als die Erwachsenen, die sich eher mit dem sozialen Ganzen identifizieren. Gleichzeitig können sich Jugendliche von Sachzwängen, die Politik und Gesellschaft regieren, fernhalten, während das Erwachsenenalter geradezu in der Erfahrung der Sachzwänge besteht, gegen die Wertansprüche durchgesetzt werden müssen. So kann vermutet werden, dass zwischen dem Ende des Jugendalters und der frühen Lebensmitte Wertansprüche *zurückgehen* und die Anerkennung von Sachzwängen *ansteigt*, danach aber beide Seiten bis zur späten Lebensmitte *stabil* bleiben. Und es stellt sich die Frage, wie sich zwischen Jugend- und spätem Erwachsenenalter Wertansprüche gegen die Anerkennung von Sachzwängen behaupten und die Anerkennung von Sachzwängen Wertansprüche zurückdrängt. Dieser Hypothese und dieser Frage ist die folgende Untersuchung gewidmet.

## b) Zielkonzept und Zielvariable

Wertansprüche lassen sich ohne Bezug auf soziale Zwänge stellen, aber ihre Verwirklichung ist durch soziale Zwänge begrenzt. Wenn beispielsweise eine hohe Arbeitslosigkeit gesenkt werden soll, kann man nur mäßige Lohnforderungen stellen und muss unter Umständen einen Anstieg der sozialen Ungleichheit in Kauf nehmen. Zwänge ergeben sich aus dem Zusammenwirken vieler individueller Entscheidungen. Sie werden erst sichtbar, wenn viele Menschen unabhängig voneinander ihre Entscheidungen getroffen haben. Will die Politik auf „die Gesellschaft“ einwirken, muss sie die Folgen bedenken, die aus dem Eingriff in das labile Gefüge vieler Entscheidungen resultieren können. Einzelne Bürger hingegen sind nicht gezwungen, die Folgen ihres Handelns zur Kenntnis zu nehmen; und wenn sie sie kennen, sind sie nicht gezwungen, auf die Folgen Rücksicht zu nehmen. Ja, sie

können sogar weiterhin Wertansprüche an die Politik stellen und gleichzeitig durch ihr Handeln die Realisierungschancen einschränken – etwa eine Plakette gegen Autobahnen an das Fenster des Autos kleben, mit dem sie zum Arbeitsplatz pendeln. Sie müssen nicht anerkennen, was das Spiel für die politischen Akteure ist: dass Wertansprüche durch soziale Sachzwänge in ihrer Realisierung eingeschränkt sind, dass sie ihre politischen „Kosten“ haben. Deshalb müssen Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen unabhängig voneinander und mit Bezug auf das gleiche Problem erhoben werden (Meulemann 1990).<sup>1</sup>

Für die Erhebung von Wertansprüchen gibt es ein Instrument, das in der empirischen Sozialforschung fast eine Monopolstellung errungen hat: der Inglehart-Index (1997) mit vier Vorgaben. Die beiden *postmaterialistischen* Vorgaben „mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“ und „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“ erfassen die Stärke von Wertansprüchen an die Politik. In einem Staat mit verfassungsmäßig garantierten Grundrechten können beide Forderungen nur als Anspruch verstanden werden, der über den engen Wortsinn der entsprechenden, in der Verfassung garantierten Grundrechte hinausgeht. Die beiden *materialistischen* Vorgaben „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ und „Kampf gegen steigende Preise“ beziehen sich jedoch auf Sachzwänge, denen jede Politik folgen muss. Ohne eine „Herrschaft des Gesetzes“ ist ein Zusammenleben nur mit großen Reibungen, ohne hinlängliche Preisstabilität ist Haushalten und Investieren nur mit großen Risiken möglich. Da nun die Befragten zwei materialistische und zwei postmaterialistische Vorgaben in eine Rangfolge bringen müssen, ist es unmöglich, Wertansprüche zu stellen und Sachzwänge *nicht* abzuwerten. Postmaterialisten können also davonkommen, „ohne die Rechnung zu bezahlen“, während Materialisten nicht die Chance erhalten, ihr Engagement für Werte auszudrücken. Aber nicht alle, die Wertansprüche stellen, ignorieren Sachzwänge; und nicht alle, die Sachzwänge betonen, sind unsensibel für Wertansprüche. In Ingleharts Fragen lassen sich diejenigen, die Wertansprüche stellen und Sachzwänge ignorieren, nicht von denjenigen unterscheiden, die Wertansprüche stellen und Sachzwänge anerkennen.<sup>2</sup>

1 Diese Unterscheidung kann als eine Übertragung von Webers Unterscheidung zwischen „Gesinnungs-, und „Verantwortungsethik“ von der politischen Elite auf die Basis angesehen werden. Wertansprüche werden von den „Gesinnungsethikern“ in der Bevölkerung gestellt, Sachzwänge von den „Verantwortungsethikern“ anerkannt.

2 Unsere Kritik stimmt im Ergebnis mit der methodischen Kritik überein, dass Inglehart politische Ziele als „ranking“ statt als „rating“ erfasst (zuletzt Klein 2008). Aber sie will sachlich die Abfrage von Werten durch die Abfrage von Sachzusammenhängen ergänzen.

Um die Anerkennung von Sachzwängen unabhängig von Wertansprüchen zu erfassen, haben wir ein Frage-Inventar konstruiert, in dem zu drei politischen Problemen – Umweltschutz, Statusdifferenzierung und Beschäftigung – jeweils ein Wertanspruch und ein Sachzwang bewertet werden musste (Meulemann/Birkelbach 2001). In ihm werden wie in der politischen Diskussion Werte absolut, als Setzung behandelt; Sachzwänge werden aber als funktionale Zusammenhänge erfragt, die bei der Verwirklichung der Werte auftreten können. Wertansprüche sind normativ; die Anerkennung von Sachzwängen beruht auf Erfahrungen, auf alltäglichem Wissen, dessen Wissenschaftlichkeit nicht zur Debatte steht. Werte werden im Lauf des Lebens durch Wissen relativiert. Früher oder später müssen sich Wertansprüche an Sachzwängen messen lassen. Das Inventar zeichnet diesen Weg nach. Es lässt den Befragten die Freiheit, Wertansprüche zu stellen und zugleich Sachzwänge anzuerkennen oder nicht anzuerkennen. Sollte die Realisierung von Wertansprüchen in den Augen der Befragten durch die Anerkennung von Sachzwängen eingeschränkt sein, kann dies durch eine negative Korrelation der beiden Pole dargestellt werden.

Im Folgenden werden Wertansprüche durch den Inglehart-Index und durch die entsprechenden Fragen unseres Inventars, die Anerkennung von Sachzwängen allein durch das eigene Inventar erfasst. Wenn alle drei Zielvariablen oder beide Pole des Inventars gemeint sind, fassen wir sie als „politische Werteinstellungen“ zusammen.

### **c) Untersuchungsgruppe und Untersuchungsschritte**

Untersucht werden Gymnasiasten des 10. Schuljahres, die 1969 im Alter von 16 Jahren – EB16 – zum ersten Mal und 1984 im Alter von 30 Jahren sowie 1997 im Alter von 43 Jahren und 2010 im Alter von 56 Jahren – WB30, WB43 und WB56 – wiederbefragt wurden (Meulemann/Birkelbach 2011).<sup>3</sup> EB16 umfasste 3.240 Befragte, von denen 61,3%, 49,3% und 40,1% in WB30, WB43 und WB56 wiederbefragt werden konnten.<sup>4</sup> Die vorliegende Analyse bezieht sich auf alle noch in WB56 Befragten (n=1.301). Die Untersuchungsgruppe ist seit EB16, aber danach nur noch in geringem Maße zusätzlich nach Bildung selektiv (Birkelbach 2011). Die Zielvariable, politische Werteinstellungen, wurde in WB30, WB43 und WB56

3 EB16 umfasste eine Befragung der Schüler, Eltern, Lehrer und Direktoren (GESIS-ZA-Studie Nr. 600, 639, 640, 996) und wurde vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert. WB30 (GESIS-ZA-Studie Nr. 1441), WB43 (GESIS-ZA-Nr. 4228) und WB56 wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Ich danke der DFG für ihre Unterstützung.

4 Zu den Gründen der Ausfälle siehe Birkelbach 2011.

erhoben. Die unabhängigen Variablen zu Startbedingungen wurden in EB16, zum beruflichen Lebenslauf in WB30, WB43 und WB56 erhoben.

Um die Entwicklung von politischen Werteinstellungen von der Jugend bis zur späten Lebensmitte zu verfolgen, wird sie in Abschnitt 2 über WB30, WB43 und WB56 im Aggregat der Kohorte dargestellt. In Abschnitt 3 wird geprüft, inwiefern die politischen Werteinstellungen aus WB30, WB43 und WB56 durch die Startbedingungen aus EB16 und den Lebenslauf zwischen den Wiederbefragungen beeinflusst und wie stabil sie über die drei Wiederbefragungen sind.

## **2. Entwicklung politischer Werteinstellungen zwischen dem 30. und 56. Lebensjahr**

### **a) Entwicklungshypothese**

Weil die Untersuchungsgruppe nach Bildung privilegiert ist, kann sie den Übergang von der Jugend in das Erwachsenenalter strecken. Sie kann durch einen längeren Verbleib im Bildungssystem das Jugendalter über das 30. Lebensjahr ausdehnen, aber sie sollte bis zum 43. Lebensjahr die Übergänge ins Erwachsenenalter vollzogen haben, also im Erwachsenenalter angekommen sein (Meulemann 1996: 646-649; Meulemann 2001: 407-413). Die Ausdehnung des Jugendalters schottet gegen Erfahrung und Anerkennung sozialer Sachzwänge ab und motiviert zu hohen Wertansprüchen. *Zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr* aber kommen mit dem Erwachsenenstatus der berufliche Aufstieg und die Elternschaft hinzu, so dass verstärkt Sachzwänge in den Erfahrungshorizont rücken und als Reaktion Wertansprüche in Frage gestellt werden. Deshalb sollten Sachzwänge zunehmend anerkannt werden und Wertansprüche zurückgehen. *Zwischen dem 43. und 56. Lebensjahr* schließlich stehen kaum mehr Übergänge an, so dass Anlässe fehlen, weitere Sachzwänge zu erfahren und anzuerkennen und folglich Wertansprüche zurückzuschrauben. Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen sollten also konstant bleiben. Diese Sequenz wird als Entwicklungshypothese bezeichnet.<sup>5</sup>

5 In *einer einzigen* Kohorte kann eine solche Entwicklung nicht nur als Alterung, sondern auch als Periodeneffekt verstanden werden. Allerdings nimmt der Postmaterialismus im westdeutschen Bevölkerungsquerschnitt zwischen 1980 und 2008 von 13% auf 30% zu (Scheuer 2013: 379). Ein gegenläufiger Periodeneffekt spricht aber dafür, bereits in einer einzigen Kohorte die Entwicklung als Alterung zu interpretieren.

## b) Ergebnisse

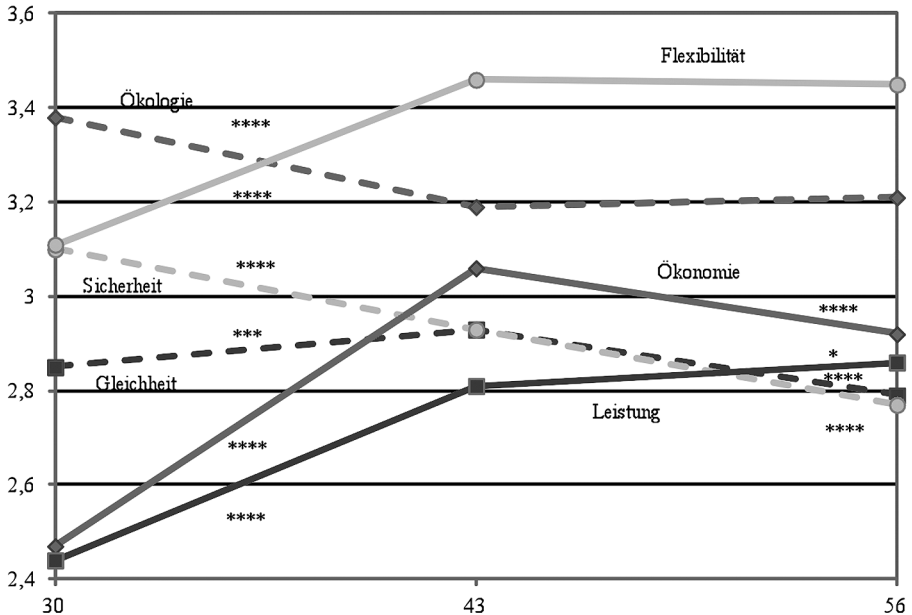
Bei einer fünfstufigen Auswertung des Postmaterialismus-Index Ingleharts wählen mit 30 Jahren 70,8% der befragten Kohorte die höchste Stufe, mit 43 Jahren 69,6% und mit 56 Jahren 64,6%. Die Mittelwerte betragen  $M=4,49$  ( $SD=,923$ ),  $M=4,46$  ( $SD =,923$ ) und  $M=4,42$  ( $SD=,919$ ); die Differenzen zwischen 30 und 43 Jahren und zwischen 43 und 56 Jahren sind zwar noch auf dem 5%-Niveau signifikant, aber über die ganze Lebensspanne gibt es so gut wie keine Entwicklung. In unserer durch Bildung privilegierten Kohorte ist und bleibt Postmaterialismus ein Fast-Konsens. Der Inglehart-Index deckt keine Entwicklung auf (Mays 2008: 115).

In unserem Inventar wurden Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen zum Umweltschutz, zur Statusdifferenzierung und zur Beschäftigung auf vier Stufen erfragt. Wie die Frage-Formulierungen in den Anmerkungen von Abbildung 1 zeigen, werden alle Wertansprüche absolut, ohne Verweise gestellt, während die Sachzwänge funktionale Zusammenhänge der Wertverwirklichung – von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zur Lösung der Umweltprobleme, von der Differenzierung der Belohnungen zum Leistungsanreiz, vom sozialen Wandel zur persönlichen Anpassungsbereitschaft – herausstellen.

Der Modus der Antworten liegt fast immer in der dritten Kategorie, bei Gleichheit, Ökonomie und Flexibilität zu einigen Zeitpunkten aber auch in der vierten, höchsten Kategorie. Die Standardabweichungen schwanken zwischen 0,64 und 0,99; die vierstufige Skala wird von den Befragten weitgehend ausgenutzt. Abbildung 1 stellt die Mittelwerte jeweils eines Wertanspruchs (mit gestrichelten Linien) und eines Sachzwangs (mit durchgezogenen Linien) im 30., 43. und 56. Lebensjahr dar.

Zwischen dem 30. und dem 43. Lebensjahr gehen die Wertansprüche Ökologie und Sicherheit wie erwartet geringfügig und signifikant zurück, und wider Erwarten steigt der Wertanspruch Gleichheit minimal, aber signifikant an. Alle drei korrespondierenden Sachzwänge Ökonomie, Leistung und Flexibilität gewinnen aber deutlich stärker. Die Kohorte rückt also von Wertansprüchen weniger ab als sie Sachzwänge anerkennt; sie rückt nur wenig von Zielen ab, erkennt aber zunehmend die Rahmenbedingung ihrer Realisierung. Zwischen dem 43. und 56. Lebensjahr ist weiterhin die Bewegung jeder Vorgabe – Gleichheit ausgenommen – schwächer als zuvor. Die Entwicklungshypothese wird also weitgehend bestätigt.

Abbildung 1: Politische Werteinstellungen im Alter von 30, 43 und 56 Jahren: Mittelwerte



Anmerkungen: WA = Wertanspruch, SZ = Sachzwang.

Ökologie vs. Ökonomie: Der Umweltschutz sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben (WA). Für die Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft sollte mehr getan werden, denn nur dann können auch die Umweltprobleme gelöst werden (SZ).

Gleichheit vs. Leistung: Unabhängig von der Leistung sollte jeder das haben, was er braucht (WA). Die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen sollten groß genug sein, damit es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen gibt (SZ).

Sicherheit vs. Flexibilität: Jeder sollte ein Recht auf einen Arbeitsplatz in dem Beruf haben, den er gewählt hat (WA). Jeder sollte bereit sein, sich durch Umschulung und Berufswechsel einer veränderten Wirtschaftslage anzupassen (SZ).

Antwortvorgaben: (1) stimme überhaupt nicht zu, (2) stimme eher nicht zu, (3) stimme eher zu, (4) stimme voll und ganz zu.

Signifikanz der Zeitunterschiede in t-Tests: \*\*\*\*:  $p < .0001$ , \*\*\*  $p < .001$ , \*\*  $p < .01$ , \*  $p < .05$

Über den gesamten Zeitraum nimmt die Differenzierung zwischen den sechs Vorgaben ab. Die Polarität von Wertansprüchen und Sachzwängen wird insgesamt schwächer. Aber das gilt nicht für jedes Problem einzeln. Die Pole des Umweltschutzes rücken stark zusammen, aber die Ökologie behält die Oberhand. Die Pole der Beschäftigung driften stark zugunsten der Flexibilität auseinander. Offenbar ist der Umweltschutz *das* Anliegen der Jugend, und die Beschäftigung *der* wunde

Punkt des beruflichen Lebenslaufs in der Lebensmitte. Die Pole der Statusdifferenzierung bewegen sich in geringerem Maß aufeinander zu, so dass die Gleichheit ihren Primat an die Leistung abgeben muss. Auch das mag die Erfahrungen des beruflichen Lebenslaufs spiegeln.

Bildet man über die drei Vorgaben jeder Seite Summenindizes im Bereich von 1 bis 4, so gehen die Wertansprüche geringfügig, aber monoton von 3,10 über 3,01 auf 2,92 zurück, und die Anerkennung von Sachzwängen nimmt zwar doppelt so stark jedoch nur in der ersten Untersuchungsspanne von 2,67 auf 3,11 und 3,08 zu. Die Entwicklung beider Pole ist vor dem 43. Lebensjahr stärker als danach; über die gesamte Zeitspanne geben die Wertansprüche ihren Primat an die Anerkennung von Sachzwängen ab, und die Distanz zwischen den Polen wird kleiner. Wertansprüche sind das zweite Privileg einer bereits durch Bildung privilegierten Jugend; aber auch sie erkennt auf dem Weg ins Erwachsenenleben Sachzwänge an.

Während also der Postmaterialismus-Index in einer auf Postmaterialismus programmierten Gruppe Entwicklungen nicht aufdecken kann, ist unser Inventar in der Lage, das Quidproquo und den Zeitpunkt der Entwicklung zu erfassen. Im Folgenden wird daher nur noch das Inventar analysiert.

### **3. Startbedingungen, beruflicher Lebenslauf und politische Werteinstellungen zwischen dem 16. und 56. Lebensjahr**

Wie beeinflussen die Startbedingungen im 16. Lebensjahr und der Lebenslauf zwischen dem 16. und 43. Lebensjahr Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen? Und wie beeinflussen sich Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen wechselseitig zwischen dem 30., 43. und 56. Lebensjahr? Um diese Fragen zu beantworten, müssen die Indikatoren, deren Entwicklung zwischen dem 30. und 56. Lebensjahr in Abbildung 1 dargestellt wurde, in einem *Faktormodell* zusammengefasst werden und die Faktoren in einem *Strukturmodell* auf Startbedingungen und Lebenslauf sowie die vorausgehenden Faktoren regrediert werden. Mittel dazu ist die Kovarianzstrukturanalyse (Bollen/Brand 2010), die Faktor- und Regressionsanalyse zusammenfasst. Endogene Variable sind die beiden Faktoren für Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen in den drei Wiederbefragungen. Exogene Variable sind die Startbedingungen und der Lebenslauf. In Abschnitt a) wird das Faktormodell, in Abschnitt b) das Strukturmodell dargestellt.

**a) Faktormodell**

Wenn die drei Indikatoren zu jedem Zeitpunkt einen Faktor bilden sollen, ist das „kongenerische“ Messmodell (Alwin/Jackson 1979) angemessen, das jedem Faktor erlaubt, nur einen Indikator zu laden. Eingabe für ein solches Modell sind die 18 Varianzen und die 18\*17/2 Kovarianzen der 18 Indikatoren, also 171 Informationen. In seiner einfachsten Form – Modell 0 – schätzt es 18 Varianzen der Indikatoren, 6\*2 unstandardisierte Faktorladungen (wenn die Standardabweichungen der beiden Pole eines Problems, Ökonomie und Ökologie, zur Skalierung der Faktoren benutzt werden), 6 Faktorvarianzen und 15 Faktorkovarianzen; es nutzt 51 der 171 eingegebenen Informationen und hat 120 Freiheitsgrade; aus den geschätzten Varianzen und Kovarianzen lassen sich dann Korrelationen berechnen. Tabelle 1 gibt die Anpassungstests für Modell 0 und weitere Modelle wieder.

*Tabelle 1: Faktormodelle für Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen im 30., 43. und 56. Lebensjahr (kongenerisches Messmodell)*

Modell		Fit:Test		Fit: Maßzahlen					
Nr.		Df	$\chi^2$	AGFI	RMR	RM-SEA	r	$\Delta$	r1
0	Grundmodell	120	1123	,840	,047	,085	,683	,732	,659
1	gleiche Faktorladungen in jeder WB								
11	– für WA	126	1135	,845	,048	,083	,697	,729	,671
12	– für WA und SZ	132	1183	,848	,052	,083	,698	,718	,673
2	wie 11, + Residuenk. über Zeit								
21 a	– alle Zeitpaare gleich	120	339	,956	,031	,040	,931	,919	,897
21 b	– benachbarte Zeitpaare gleich	114	316	,957	,030	,039	,933	,925	,899
21 c	– alle Zeitpaare ungleich	108	288	,959	,029	,038	,937	,932	,903
	wie 21 c, + Residuenk. der Pole								
22 a	– Probleme gleich	107	262	,962	,028	,035	,945	,938	,911
22 b	– Probl. ungleich, Zeitp. gleich	105	262	,961	,028	,036	,944	,938	,909
22 c	– Probl. und Zeitpunkte ungleich	99	254	,960	,028	,037	,941	,940	,909
	wie 22 a, + Sicherheit mit Ökonom.								
23 a	– alle Zeitpunkte fixiert	106	166	,975	,021	,022	,979	,961	,943
23 b	– gleiche + wechselnde Zeitp. fix	105	165	,975	,021	,022	,978	,961	,943
23 c	– jeder Zeitpunkt frei	98	156	,974	,020	,023	,977	,962	,941

*Anmerkungen:* Alle Chi-Quadrat-Werte signifikant mit  $p < .0001$ ,  $n = 1.169$ . ML-Schätzungen mit SAS-CALIS.

Modell 0 passt nicht – weder nach dem statistischen Test noch den deskriptiven Anpassungsmaßen, von denen die „freundlichen“ Maße AGFI, RMR und RMSEA leicht Werte über ,85 und unter ,05 erreichen, während den „kritischen“ Maßen Rho (Bentler & Bonnett Non-Normed Index), Delta (Bentler & Bonnett NFI) und Rho1 (Bollen Normed Index) mit ,90 eine schwerer erreichbare konventionelle Grenze

gesetzt ist (Wheaton 1988; Bollen/Brand 2010: 13). Um die Anpassung zu verbessern, setzen wir in den Modellen 1 Faktorladungen gleich und lassen in den Modellen 2 Residualkovarianzen auf drei Weisen zu: zwischen den Zeitpunkten (Modelle 21, (1) im Text), zwischen den Polen des gleichen Problems (Modelle 22, (2) im Text) und zwischen Polen unterschiedlicher Probleme (Modelle 23, (3) im Text).

Die Gleichheit der Faktorladungen desselben Indikators über die Zeit folgt aus der Annahme einer stabilen Messung, die über die lange Zeitspanne von 13 Jahren riskant ist. Modell 11 setzt die unstandardisierten Ladungen der drei Indikatoren des Wertanspruchs in WB30, WB43 und WB56 gleich, Modell 12 führt zusätzlich die gleiche Restriktion für die Anerkennung von Sachzwängen ein. In Modell 11 steigt der Chi-Quadrat-Wert für die Abweichungen zwischen Modell und Daten um 12 Einheiten, was für sechs Freiheitsgrade unter dem kritischen Wert des 5%-Signifikanzniveaus von 12,59 liegt; und die deskriptiven Maße der Anpassungsgüte verbessern sich beträchtlich. In Modell 12 steigt der Chi-Quadrat-Wert um 48 Einheiten, was für sechs Freiheitsgrade auf dem 0,1%-Niveau signifikant ist, und die deskriptiven Maße verbessern sich nicht. Modell 11 ist also Modell 10 vorzuziehen, nicht aber Modell 12; die Faktorladungen von WA, nicht aber von SZ sind stabil. Aber Modell 11 schätzt unsinnige Werte für die Faktorkorrelationen zwischen den Zeitpunkten: WA30 und WA43 korrelieren .99; WA43 und WA56 1.22; und SZ43 und SZ56 1.07. Der Einfluss konstanter ungemessener exogener Variablen wird also als Stabilität der Messung verbucht. Um diesen Einfluss angemessen zu erfassen, müssen Residuenkovarianzen der Indikatoren *zwischen den Zeitpunktpaaren* – WB30 und WB43, WB43 und WB56, WB30 und WB56 – zugelassen werden. Sie sollten positiv sein – je mehr, desto mehr die Stabilität des Faktors durch spezifische Einflüsse auf den Indikator reduziert wird.

(1) *Residuenkovarianzen zwischen den Zeitpunktpaaren* lassen sich durch Gleichheitsrestriktionen auf drei Weisen bestimmen. Erstens können sie für alle drei Zeitpunktpaare gleichgesetzt werden (Modell 21 a).<sup>6</sup> Aber ungemessene sollten sich wie gemessene Einflüsse über längere Zeiträume schwächer auswirken als über kürzere. Deshalb können sie zweitens nur für die beiden benachbarten Zeitpunktpaare gleichgesetzt werden (Modell 21 b). Allerdings wird damit die unterschiedliche Lage im Lebenszyklus ignoriert. Je weiter das Leben vorangeschritten ist, desto mehr sollten auch ungemessene Einflüsse stabilisierend wirken. Deshalb können sie

6 Um die Modelle in der gleichen Weise wie in Meulemann/Birkelbach (2001: 44) zu bezeichnen, werden erst durch die dritte Wiederbefragung mögliche Modelloptionen mit zusätzlichen Buchstaben bezeichnet.

drittens für keines der Zeitpunktpaare gleichgesetzt, also für jedes einzeln geschätzt werden (Modell 21 c).

In den Modellen 21a-c verbessert sich gegenüber Modell 11 die Anpassung erheblich, die „kritischen“ Maße überschreiten die konventionelle Schwelle von ,90: Residuenkovarianzen über die Zeitpunkte sind also notwendig, um die Faktorstruktur und ihre Veränderung im Lebenslauf angemessen darzustellen. Aber die Anpassung wird gegenüber Modell 21 a durch die Freigabe der Zeitpunktpaare in Modell 21 b und 21 c noch einmal deutlich verbessert: Die Differenzen der Chi-Quadrat-Werte zwischen Modell 21 a und 21 b von 23 Einheiten und zwischen Modell 21 b und 21 c von 29 Einheiten sind für jeweils 6 Freiheitsgrade auf dem 0,1%-Niveau signifikant. Modell 21 c ist also angemessen: Die Residuenkovarianzen unterscheiden sich für die drei Zeitpunktpaare. Ihre Werte für WB30 und WB43 liegen – bis auf Leistung – unter denen für WB43 und WB56. Zu den im frühen Erwachsenenalter stabilisierenden ungemessenen Einflüssen kommen im späten Erwachsenenalter weitere hinzu. Die Werte für WB30 und WB56 liegen aber nur wenig unter denen für WB30 und WB43. Die nach dem 43. Lebensjahr zusätzlich stabilisierenden ungemessenen Einflüsse sind beim Blick über die ganze Lebensspanne nicht mehr erkennbar.

(2) *Residuenkovarianzen zwischen den Polen jedes Problems* können für jeden Zeitpunkt zugelassen werden. Sie sollten von ungemessenen Eigenschaften der Befragten abhängen. Sie sollten abnehmen, je weniger die Befragten zwischen beiden Polen differenzieren, und zunehmen, je mehr die Befragten der Zustimmungseigung folgen, insgesamt also um Null schwanken. Wenn sie aber von der Differenzierungskraft und der Zustimmungseigung der Befragten abhängen, sollten sie sich zwischen den Problemen nicht unterscheiden. Wenn weiterhin diese ungemessenen Eigenschaften keiner Entwicklung unterliegen, sollten sie schließlich auch über die Wiederbefragungen konstant sein. Sie werden zusätzlich zu den Residuenkovarianzen des Modells 21 c in drei weiteren Modellen zugelassen, die diese Annahmen prüfen.

In Modell 22 a wird angenommen, dass die Residuenkovarianzen für die drei Probleme gleich und über die Wiederbefragungen konstant sind. Im Vergleich mit Modell 21 c verringert sich der Chi-Quadrat-Wert dadurch um 26 Einheiten, was für einen Freiheitsgrad auf dem 0,1%-Niveau signifikant ist, und die weiteren Maßzahlen der Anpassung verbessern sich erkennbar. Die mit der neu zugelassenen Residuenkovarianz berechneten Residuenkorrelationen liegen zwischen -.04 und -.07. Ungemessene Eigenschaften der Befragten bewirken also nur sehr schwach eine negative Differenzierung zwischen den beiden Polen der Probleme. In Modell 22 b wird angenommen, dass die Residuenkovarianzen sich zwischen den drei Proble-

men unterscheiden, aber nach wie vor in den Wiederbefragungen konstant sind. Im Vergleich mit Modell 22 werden also 2 zusätzliche Parameter geschätzt. Der Chi-Quadrat-Wert verringert sich dadurch aber nicht. Die Residuenkorrelationen verändern sich nicht. Die ungemessene Neigung der Befragten zur Differenzierung zwischen den Polen hängt also nicht vom Problem ab. In Modell 22 c wird angenommen, dass die Residuenkovarianzen der Probleme in jeder Wiederbefragung unterschiedlich sind. Im Vergleich mit Modell 22 b werden also 6 zusätzliche Parameter geschätzt. Der Chi-Quadrat-Wert verringert sich dadurch um 8 Einheiten, was für 6 Freiheitsgrade nicht signifikant ist, und die weiteren Maßzahlen der Anpassung verbessern sich kaum. Auch die Residuenkorrelationen bleiben im Wertebereich des Modells 22 a. Die ungemessene Neigung zur Differenzierung bleibt also auch über den Lebenslauf konstant.

(3) Modell 22 a ist das bisher beste Modell. Die durchschnittliche Abweichung zwischen empirischen und modellimplizierten Kovarianzen außerhalb der Diagonale beträgt nur ,02. Allerdings gibt es an einer Stelle Residuen zwischen Indikatoren unterschiedlicher Faktoren: *Sicherheit und Ökonomie* haben starke positive, also der Polung widersprechende, Residuenkovarianzen innerhalb wie zwischen den Zeitpunkten. Offenbar gilt das Recht auf einen Arbeitsplatz im gewählten Beruf in der gleichen Weise als Resultat einer florierenden Wirtschaft wie der Umweltschutz; die Grenze zwischen Wertansprüchen und der Anerkennung von Sachzwängen ist hier nicht klar gezogen. Diese semantische Überschneidung soll durch Residuenkovarianzen erfasst werden.

Sicherheit und Ökonomie korrelieren zu jedem Zeitpunkt einmal und zwischen den drei Zeitpunktpaaren jeweils zweimal, insgesamt also neun Mal. Wenn die Überschneidung rein semantisch bedingt ist, sollten die neun Kovarianzen vom Zeitpunkt und von den Zeitpunktpaaren unabhängig sein. Aber es könnte auch sein, dass die semantische Überschneidung über längere Zeiträume schwächer wird. Das wird durch drei Modelle getestet, die immer weniger Residuenkovarianzen zwischen Ökonomie und Sicherheit gleichsetzen.

In Modell 23 a wird ein Parameter für alle neun Residuenkovarianzen geschätzt. Im Vergleich mit Modell 22 c verringert sich der Chi-Quadrat-Wert dadurch um 96 Einheiten, was für einen Freiheitsgrad auf dem 0,1%-Niveau signifikant ist; die weiteren Maßzahlen der Anpassung verbessern sich stark. Die mit der neu zugelassenen Residuenkovarianz berechneten Residuenkorrelationen liegen zwischen ,17 und ,20. In Modell 23 b werden ein Parameter für die Residuenkovarianzen zum gleichen Zeitpunkt und ein Parameter für die Residuenkovarianzen zu den Zeitpunktpaaren geschätzt. Im Vergleich mit Modell 23 a verbessert sich die Anpassung nicht. Im Modell 23 c wird für jede der neun Residuenkovarianzen ein Parameter

geschätzt. Gegenüber Modell 23 a verkleinert sich der Chi-Quadrat-Wert um 10 Einheiten, was für 8 Freiheitsgrade nicht signifikant ist ( $p > .25$ ). Modell 23 a ist also angemessen; die semantische Überschneidung verändert sich nicht.

Das endgültige Modell 23 a setzt also die Faktorladungen für Wertansprüche, nicht aber für die Anerkennung von Sachzwängen über die Zeitpunkte konstant; es gewinnt dadurch 6 Freiheitsgrade und erhöht ihre Zahl auf 126. Zur besseren Anpassung an die eingegebenen Kovarianzen lässt es dann drei Arten von Residuenkovarianzen zu: (1) 18 Residuenkovarianzen des gleichen Indikators über die drei Zeitpunktpaare, die mit unterschiedlichen Parametern geschätzt werden, so dass 18 Freiheitsgrade verbraucht werden; (2) 9 Residuenkovarianzen zwischen den Polen der Probleme für jeden Zeitpunkt, die mit dem gleichen Parameter geschätzt werden, so dass ein Freiheitsgrad verbraucht wird; (3) 9 Residuenkovarianzen zwischen Ökonomie und Sicherheit zum gleichen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten, die mit dem gleichen Parameter geschätzt werden, so dass ein Freiheitsgrad verbraucht wird. Wenn man auf die Sequenz von Modell 0 bis Modell 23 a zurückblickt, so haben wir 967 Chi-Quadrat-Einheiten für 14 Freiheitsgrade gewonnen. Aber auch Modell 23 a weist mit einem Chi-Quadrat-Wert von 166 noch eine auf dem 0,0002%-Niveau signifikante Differenz zu der eingegebenen Kovarianzmatrix auf – was das typische Schicksal in großen Stichproben ist (Wheaton 1988). Allerdings haben die „kritischen“ deskriptiven Anpassungsmaße deutlich die konventionelle Schwelle von 0,9 überschritten.

Die standardisierten Faktorladungen und Residualkovarianzen des Modells 23 a sind in Tabelle 2 dargestellt. Die Residualkovarianzen sind wie im Text nummeriert. Durch die Standardisierung mit den unterschiedlichen Varianzen der manifesten Variablen unterscheiden sich auch mit gleichen Parametern geschätzte Werte, zum Beispiel die Faktorladungen der Wertansprüche zwischen den drei Zeitpunkten. Die standardisierten Ladungen des Faktors WA auf Ökologie, Gleichheit und Sicherheit liegen zwischen ,41 und ,48 eng zusammen und sind zwischen WB30, WB43 und WB56 nahezu konstant. Die standardisierten Ladungen des Faktors SZ auf Ökonomie, Leistung und Flexibilität liegen zwischen ,44 und ,67 und gehen zwischen WB30 und WB43 zurück. Die Residuenkorrelationen zwischen den Wiederbefragungen sind mittelhoch, wachsen mit der Zeit an, und sind zwischen den benachbarten Zeitpunkten höher als zwischen den extremen. Wie vermutet wächst der stabilisierende Einfluss nicht gemessener Merkmale im Laufe des Lebens. Die Residuenkorrelationen zwischen den Polen sind minimal negativ. Wie vermutet halten sich Differenzierungskraft und Antwortneigung die Waage. Die Residuenkorrelationen zwischen Ökonomie und Sicherheit sind mittelhoch.

## Von Wertansprüchen an die Politik zur Anerkennung von Sachzwängen

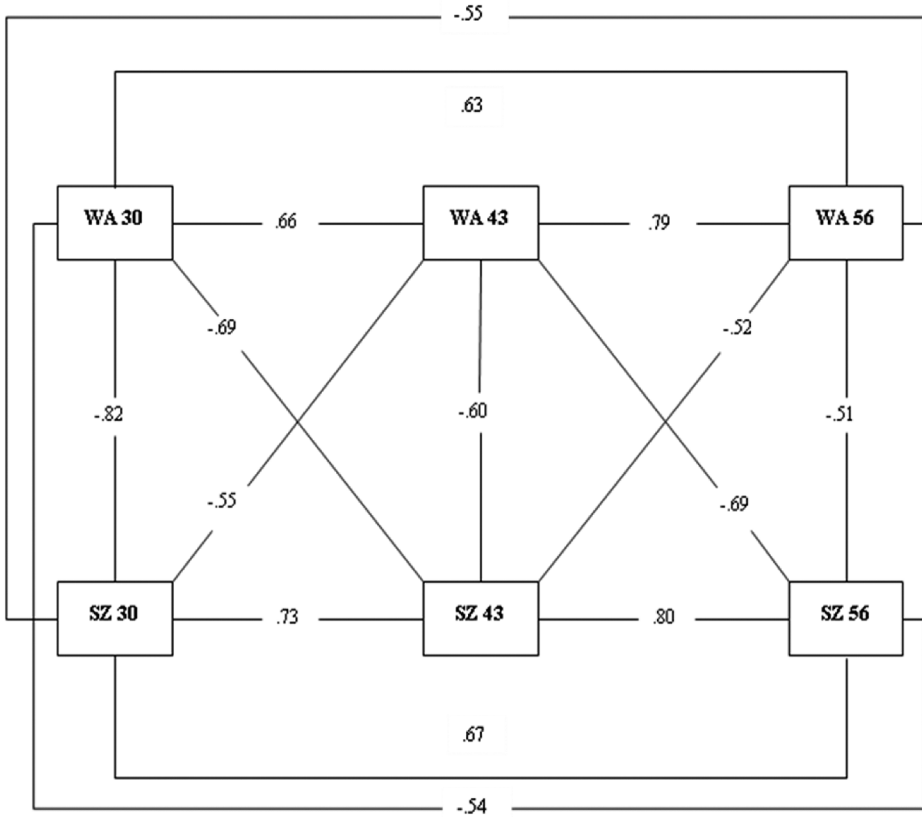
*Tabelle 2: Faktormodell 23 a – Wertansprüche (WA) und die Anerkennung von Sachzwängen (SZ) im 30., 43. und 56. Lebensjahr (Faktorladungen und Residualkovarianzen, standardisiert)*

<b>Faktorladungen</b>		<b>30</b>	<b>43</b>	<b>56</b>
WA	Ökologie	.47	.43	.44
	Gleichheit	.45	.45	.48
	Sicherheit	.42	.41	.42
SZ	Ökonomie	.67	.57	.49
	Leistung	.63	.56	.56
	Flexibilität	.51	.45	.44
<b>Residualkovarianzen zwischen WB (1)</b>		<b>30-43</b>	<b>43-56</b>	<b>30-56</b>
WA	Ökologie	.23	.31	.22
	Gleichheit	.23	.28	.23
	Sicherheit	.27	.36	.25
SZ	Ökonomie	.14	.28	.11
	Leistung	.31	.27	.23
	Flexibilität	.18	.31	.20
<b>Residualkovarianzen zwischen Polen (2)</b>		<b>30</b>	<b>43</b>	<b>56</b>
	Ökologie – Ökonomie	-.06	-.05	-.05
	Gleichheit – Leistung	-.03	-.04	-.04
	Sicherheit – Flexibilität	-.04	-.05	-.05
<b>Ökonomie Sicherheit (3)</b>		<b>30</b>	<b>43</b>	<b>56</b>
	Gleiche WB	.22	.18	.17
	ungleiche WB	<b>30-43</b>	<b>43-56</b>	<b>30-56</b>
	Sicherheit früher	.18	.17	.18
	Ökonomie früher	.19	.18	.20

Die Daten erlaubten es, die Faktorladungen der Wertansprüche, nicht aber die der Anerkennung der Sachzwänge gleichzusetzen. Die – in der Tabelle nicht aufgeführten – Fehlervarianzen der Faktoren für die Wertansprüche bleiben konstant bei 10,5%; die Fehlervarianzen der Faktoren für die Anerkennung von Sachzwängen gehen jedoch monoton von 34,7 auf 24,6 und 17,3% zurück. Im Lauf des Lebens bleiben Wertansprüche strittig, aber über Sachzwänge wächst der Konsens.

Die Korrelationen zwischen den Faktoren sind in Abbildung 2 dargestellt. Sie zeigen vier Tendenzen. *Erstens*: Über die drei Zeitpunkte gehen die zeitgleichen negativen Korrelationen der entgegengesetzten Pole deutlich zurück; die Polarität nimmt im Bewusstsein der Befragten ab. Die Pole werden nicht nur – wie Abbildung 1 gezeigt hat – ähnlicher bewertet; auch der Gegensatz zwischen ihnen wird schwächer empfunden. Beides bedeutet, dass über die Sachprobleme differenzierter gedacht wird.

Abbildung 2: Faktormodell 23 a für Wertansprüche (WA) und die Anerkennung von Sachzwängen (SZ) im 30., 43. und 56. Lebensjahr, standardisierte Koeffizienten (n=1.169)



*Zweitens:* Im Vergleich der beiden kurzen Distanzen zwischen WB30 und WB43 sowie WB43 und WB56 mit der langen Distanz zwischen WB30 und WB56 nehmen die Korrelationen mit der Zeitspanne ab. Die Zeit schafft Wechsel und Instabilität. *Drittens:* Zwischen benachbarten Zeitpunkten sind die Korrelationen des gleichen Faktors positiv, die Korrelationen der polaren Faktoren negativ. *Viertens:* Im Vergleich zwischen den beiden Zeitpunktpaaren nehmen die zeitverzögerten positiven Korrelationen des gleichen Pols zu und die zeitverzögerten negativen Korrelationen der entgegengesetzten Pole bleiben konstant.

## b) Strukturmodell: Exogene Variablen im 30. Lebensjahr, Auswahl und Hypothesen

In EB16 wurden die Startbedingungen im 16. Lebensjahr und in WB30 der Lebenslauf zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr breit erhoben. Insbesondere die politische Sozialisation im 16. Lebensjahr wurde intensiv, aber nicht in der konzeptuellen Breite erfragt, die eine neu geplante Querschnittsstudie zum Thema erlaubt hätte (siehe z. B. Buhl 2003). Um für die Kovarianzstrukturanalyse die empirisch tragkräftigen auszuwählen, wurden in Regressionsanalysen des Durchschnittswerts der Wertansprüche und der Anerkennung von Sachzwängen im 30. Lebensjahr die Prädiktoren ausgewählt, die entsprechend der Polarität Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen gegenläufig signifikant beeinflussten und standardisierte Koeffizienten über ,05 aufwiesen.

### (1) Startbedingungen im 16. Lebensjahr

Als Startbedingungen wurden der soziale Status und die Generationsbeziehung im Elternhaus sowie das schulische Selbstbewusstsein und die politische Sozialisation des Schülers erhoben.

Der *soziale Status des Elternhauses* bietet die materielle und psychische Sicherheit, in den prägenden Jahren Wertansprüche an die Politik zu stellen (Inglehart 1997) und bewahrt vor der allzu frühen Konfrontation mit sozialen Sachzwängen. Deshalb sollte er Wertansprüche positiv und die Anerkennung von Sachzwängen negativ beeinflussen. Der soziale Status wurde durch das *Berufsprestige des Vaters* im 16. Lebensjahr und die zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr erreichten fünfstufigen *Bildungserfolge* erfasst. Beide hatten nicht die erwarteten Einflüsse.

Je besser die *Generationsbeziehung im Elternhaus*, desto eher erfahren die Kinder Sicherheit und entwickeln ein Selbstbewusstsein, das sie in die Lage versetzt, Ansprüche an Instanzen auch jenseits des Elternhauses zu stellen (Buhl 2003: 163; Mays 2008: 31-36, 163), und desto weniger sollten sie politische Sachzwänge anerkennen. Die Generationsbeziehung im Elternhaus wurde durch drei Fragen erhoben: nach der Stärke von „Spannungen in der Familie“, der Häufigkeit der Einmischung der Eltern in Angelegenheiten des Kindes und dem Wunsch, eigene Kinder so zu erziehen, wie man selbst erzogen wurde. Wie in einer ähnlichen Untersuchung (Grob 2009: 361) hatte keine dieser Variablen die erwarteten Einflüsse.

Schüler entwickeln eine „Selbst- und Sozialkompetenz“ (Weiss 1981: 42-44), ein „*schulisches Selbstbewusstsein*“, dem gemäß sie in der Schule auch unabhängig von den Leistungskriterien der Schule weiterkommen wollen. Es korrespondiert auf der Seite des Schülers mit dem „pädagogischen Selbstbewusstsein“ der Eltern (Kob

1963), dem gemäß sie den Schulerfolg ihres Kindes noch vor dessen Leistung erwarten. Es speist sich nicht aus Erfahrungen mit der Schule, sondern aus Selbstbildern oder Traditionen. Es will sich gegenüber der Gesellschaft insgesamt behaupten und kann Ansprüche an sie rechtfertigen. Je höher das schulische Selbstbewusstsein des Schülers ist, desto eher sollte er Wertansprüche an die Politik stellen und desto weniger sollte er Sachzwänge anerkennen. Das schulische Selbstbewusstsein wurde durch die Aspirationen von Abitur und Studium erhoben. Es hatte nicht die erwarteten Einflüsse.

Die *politische Sozialisation* zielt auf das Verständnis der legitimierenden Werte der politischen Verfassung, die Wertansprüche an die Politik rechtfertigen können; sie vermittelt Kenntnisse über Institutionen und Verfahren stärker als Kenntnisse über gesetzmäßige soziale Zusammenhänge. Sie sollte deshalb Wertansprüche positiv und die Anerkennung von Sachzwängen negativ beeinflussen. Die politische Sozialisation wurde durch die Beliebtheit des politischen Unterrichts, den Wunsch nach möglichst früher politischer Teilhabe, die Mitgliedschaft in politischen Organisationen und die Demonstrationsteilhabe erfasst. Von insgesamt sechs Indikatoren hatten hier – ebenso wie in einer gleichartigen Analyse bis zu WB43 (Meulemann/Birkelbach 2001: 35-39) – allein die *Demonstrationsteilnahme zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr* einen nennenswerten Einfluss. Langfristig wirkt hier die politische Sozialisation nicht direkt über ihr Programm, sondern indirekt durch die Förderung der Bereitschaft, auf eigene Initiative, mit Kosten und unter Risiko politisch zu handeln. Nur die Demonstrationsteilhabe wird deshalb im Folgenden als Prädiktor eingesetzt.

## **(2) Lebenslauf zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr**

Im Lebenslauf können *Veränderungen* der privaten wie beruflichen Status auf *Lebenserfahrungen* deuten, die Wertansprüche begründen oder relativieren und die Anerkennung von Sachzwängen anbahnen.

Weil private Rollen partikularistisch, durch die Person, berufliche Rollen aber universalistisch, durch Personenkategorien, definiert sind (Parsons/Shils 1951), führen sie weniger in Organisationen und in die Öffentlichkeit. Sie sind weniger als berufliche Rollen die Basis für die Erfahrung politischer Sachzwänge und einer Relativierung von Wertansprüchen. Daher sollten private Veränderungen politische Werteinstellungen zwischen Wiederbefragungen nicht verändern – wohl aber berufliche. In einer gleichartigen Analyse bis WB43 (Meulemann/Birkelbach 2001: 38) hatten Eheschließung und Elternschaft vor dem 30. Lebensjahr keinen, die Dauer der Erwerbstätigkeit vor dem 30. Lebensjahr hingegen einen starken und

signifikanten Einfluss auf politische Werteinstellungen im 30. Lebensjahr. Deshalb werden nur berufliche Veränderungen – objektive wie subjektive – betrachtet.

*Objektive* Veränderungen beziehen sich auf die Dauer der Berufstätigkeit und den Status des Berufs, die in jeder Wiederbefragung mit dem gleichen Inventar in individuellen monatlichen Phasen – bis zu 42 in allen Wiederbefragungen – erhoben wurden. Die objektiven Veränderungen spiegeln berufliche Erfahrungen unmittelbar wider, die Wertansprüche relativieren und Sachzwänge erkennbar machen. Sie werden als Veränderungen *zwischen zwei benachbarten Wiederbefragungen* gemessen. Drei objektive Veränderungen werden betrachtet.

Erstens indiziert die *Dauer der beruflichen Erfahrungen* in Monaten, bei der Nichterwerbstätige den Wert Null erhielten, die Quantität des Kontakts mit der öffentlichen Sphäre, in der wirtschaftliche Sachzwänge und die ursächlichen politischen Rahmenbedingungen erfahren werden. Mit jeder zusätzlich im Beruf verbrachten Zeit wachsen die Chancen, Sachzwänge zu erkennen und Wertansprüche an die Politik an den erkannten Sachzwängen zu relativieren. Zweitens und drittens indizieren die *berufliche Aufstiegsmobilität* nach *Berufsprestige* und *Einkommen* (inflationbereinigt, netto monatlich, in Euro) zwischen Wiederbefragungen die Veränderung der Qualität des Kontakts mit der öffentlichen Sphäre.

*Subjektive* Bewertungen wurden in jeder Wiederbefragung zweifach betrachtet. Erstens wurde die *berufliche Erfolgsbewertung* mit der Frage erhoben, ob man verglichen mit den „Vorstellungen zu Beginn des Berufslebens“ (3) mehr, (2) das Vorgesellte oder (1) weniger erreicht habe. Zweitens wurde die *Zufriedenheit mit der Berufslaufbahn* mit 11 ansteigenden Antwortwerten erhoben.

Objektiv wie subjektiv erweitern Berufstätigkeit und Aufstieg den Blick vom Betrieb auf die Branche und die Wirtschaftspolitik: sie sollten Wertansprüche negativ und die Anerkennung von Sachzwängen positiv beeinflussen. Allerdings hatten nur die Dauer der Erwerbstätigkeit und das letzte Einkommen die erwarteten Einflüsse.

Weil weiterhin – hier wie in einer gleichartigen Analyse bis WB43 (Meulemann/Birkelbach 2001: 38) – Männer seltener Wertansprüche als Frauen stellten und Sachzwänge häufiger anerkannten, wurde das *Geschlecht* kontrolliert.

Neben dem Geschlecht verbleiben also drei Prädiktoren politischer Werteinstellungen im 30. Lebensjahr für die Kovarianzstrukturanalyse. Die Startbedingungen im 30. Lebensjahr sind nur durch die politische Sozialisation und diese allein durch die *Demonstrationsteilhabe* vertreten, der Lebenslauf zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr nur durch den objektiven beruflichen Lebenslauf und dieser allein durch die *Dauer der Erwerbstätigkeit* und den *Einkommensaufstieg*. Die hierzu vermutete

ten gegensätzlichen Einflüsse werden im Folgenden als *Sozialisations-, Berufserfahrungs- und Aufstiegshypothese* bezeichnet.

### c) Strukturmodell: Kausalhierarchie und Hypothesen

Die Startbedingungen aus EB16 und der berufliche Lebenslauf sowie die politischen Werteinstellungen aus WB30, WB43 und WB56 bilden vier Stufen einer kausalen Hierarchie. Auf der ersten Stufe liegen die *exogenen zeitkonstanten* Variablen Geschlecht und die Demonstrationsteilnahme – MANN und DEMO – sowie die *exogenen zeitveränderlichen Variablen* Erwerbstätigkeitsdauer und Einkommensaufstieg bis zum 30. Lebensjahr – EWSPAN-30 und EINK-30, die gemäß der Analyse des vorigen Abschnitts ausgewählt wurden und für die die Sozialisations-, Berufserfahrungs- und Aufstiegshypothese gelten. Auf der zweiten bis vierten Stufe liegen die endogenen Variablen für Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen – WA30, WA43, W56 und SZ30, SZ43, SZ56. Auf der zweiten und dritten Stufe liegen wiederum die *exogen zeitveränderlichen* Variablen Erwerbstätigkeitsdauer und der Einkommensaufstieg in der Zeit zwischen WB30 und WB43 sowie WB43 und WB56 – also die sachlich gleichen Variablen wie auf der ersten Stufe mit einem späteren Zeitbezug: EWSPAN-43 und EINK-43, EWSPAN-56 und EINK-56, für die ebenfalls die Berufserfahrungs- und Aufstiegshypothese gelten.

Die *endogenen* Variablen zu Wertansprüchen und der Anerkennung von Sachzwängen wirken auf die nächste Messung der gleichen Seite positiv und der anderen Seite negativ – *Stabilitäts- und Widerstreithypothese*. Sie wirken weiterhin *nur* auf die nächst folgende, nicht aber spätere Messungen. Weil die zwischenzeitliche Messung kontrolliert ist, sind auch alle Einflüsse der anfänglichen auf die spätere Messung kontrolliert. Wenn man einen Einfluss der anfänglichen auf die spätere Messung berechnet, ist er *nicht kausal interpretierbar*. Zudem nimmt er wahrscheinlich aufgrund hoher Korrelationen zwischen beiden Prädiktoren das zum zwischenzeitlichen Prädiktor entgegengesetzte Vorzeichen an und ist dann *sachlich sinnlos*.

Aus dem gleichen Grund wirken auch die *exogenen* Variablen nur auf die nächste Stufe der kausalen Hierarchie. Während aber die *zeitkonstanten* exogenen Variablen nur auf WA30 und SZ30 wirken können, sind die *zeitveränderlichen* exogenen Variablen jeweils erneut in WB30, WB43 und WB56 retrospektiv erhoben und wirken auf die politischen Werteinstellungen aus jeder Wiederbefragung.

Weil die *endogenen* Einflüsse zu zwei Zeitpunkten und die *exogenen zeitveränderlichen* Einflüsse zu drei Zeitpunkten auf politische Werteinstellungen einwirken, muss man Hypothesen über die *Veränderung* ihrer Einflüsse formulieren. Im Lauf

des Lebens wächst die Erfahrung, aber die jüngeren Erfahrungen sind mehr und mehr von der gleichen Art wie die älteren. Sie bestätigen meist, was bereits gelernt wurde und bieten selten Anlass, das Gelernte infrage zu stellen. Einstellungen werden also immer mehr aus sich selbst und immer weniger durch neue Erfahrungen gerechtfertigt. Konsolidierung und Immunisierung gehen Hand in Hand: Die Stabilität sollte zunehmen<sup>7</sup> und die Destabilisierung durch Lebenserfahrungen abnehmen; der Einfluss der *endogenen* Variablen sollte wachsen, der Einfluss der *exogenen zeitveränderlichen* Variablen abnehmen. Das wird als *Konsolidierungs- und Immunisierungshypothese* bezeichnet.

#### d) Strukturmodell: Ergebnisse

Zur Berechnung des Strukturmodells wurden die Faktorladungen aus dem Faktormodell 23 a als feste Werte vorgegeben. Durch fehlende Werte auf den exogenen Variablen verkleinert sich die Stichprobe von 1.169 auf 949.<sup>8</sup> Die standardisierten Koeffizienten des Strukturmodells sind in Abbildung 3 dargestellt.

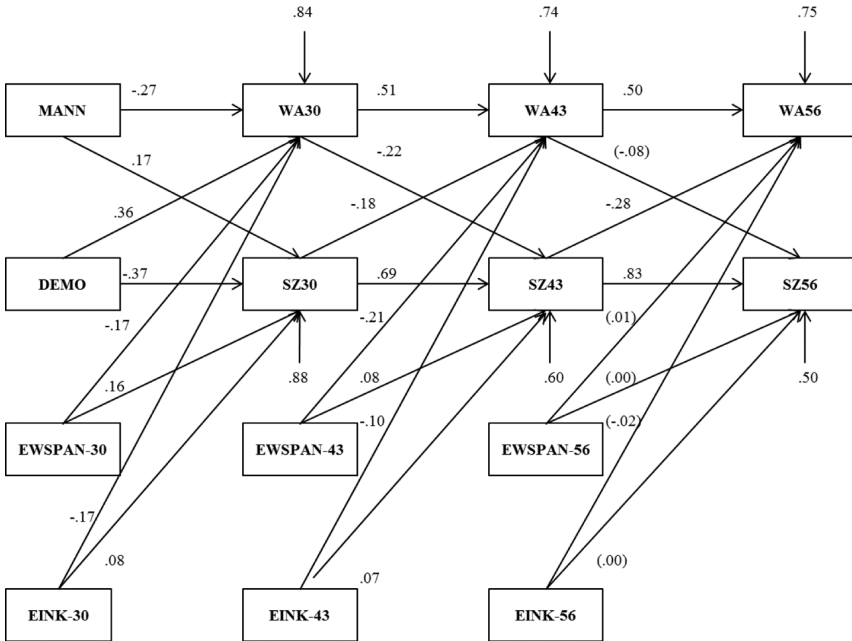
Nach dem Chi-Quadrat-Wert ist die Anpassung des Modells schlecht. Jedoch ist bei der Größe der Stichprobe zweifelhaft, ob eine statistisch befriedigende Anpassung erreicht werden kann. Zudem ist die Anpassung gemessen am AGFI-Index besser als in vergleichbaren Panel-Untersuchungen über kürzere Zeitspannen (Inglehart 1989). Gemessen an den Residuenkoeffizienten steigt die Erklärbarkeit der Wertansprüche zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr an – aber danach nicht mehr. Die Anerkennung von Sachzwängen wird jedoch mit jeder Wiederbefragung besser erklärt.

Blickt man auf die endogenen Prädiktoren, so wird die *Stabilitätshypothese* durchgängig bestätigt: Die früheren Messungen beider Pole haben einen positiven Einfluss auf die Messungen späterer Pole. Allerdings ist die Stabilität der Wertan-

7 Belege für die zunehmende Stabilität politischer Einstellungen finden sich in einer amerikanischen Wiederbefragung von High School-Absolventen im 18., 26., 35. und 50. Lebensjahr (Jennings/Stoker 1999: Table 1A; Jennings/Stoker 2004: 359) und in einer jährlichen Wiederbefragung Jugendlicher zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr (Buhl 2003: 104).

8 Die Mittelwerte der endogenen Variablen unterschieden sich nicht zwischen der ausgeschlossenen und der verbleibenden Gruppe. Insofern liegen keine systematischen Ausfälle vor.

Abbildung 3: Strukturmodell. Der Einfluss von Startbedingungen, politischer Sozialisation und beruflichen Erfahrungen auf Wertansprüche (WA) und die Anerkennung von Sachzwängen (SZ) im 30., 43. und 56. Lebensjahr (standardisierte Koeffizienten).



Anmerkungen: Koeffizienten in Klammern nicht signifikant mit  $p < .05$ ,  $n=949$ . Chi-Quadrat (249Fg.)=589, AGFI=.9341, RMSEA=.038, SRMR=.055,  $\rho=.911$ ,  $\Delta=.890$ ,  $\rho(1)=.856$ . ML-Schätzung mit SAS-CALIS.

sprüche deutlich niedriger als die Stabilität der Anerkennung von Sachzwängen.<sup>9</sup> Der Unterschied der Stabilität kann aus dem Unterschied der Lernprozesse erklärt

9 Die Stabilität der Sachzwänge zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr ist mit der des Postmaterialismus vergleichbar, der mit vier und mit acht Vorgaben in einem Bevölkerungspanel 1974-1980 erhoben und von de Graaf u. a. (1989) ganz ähnlich als Beta-Koeffizient latenter Variablen (.65 und .72) analysiert wurde. Sie liegt über dem, den Mays (2008: 143-150) für den Postmaterialismus aus vier Vorgaben in der gleichen Zeitspanne des gleichen Datensatzes berichtet (.47). Allerdings lässt Mays einen Einfluss der Demonstrationsteilnahme vor dem 30. Lebensjahr nicht nur auf den Postmaterialismus im 30. Lebensjahr (.34), sondern auch im 43. Lebensjahr zu, der kausal nicht interpretiert werden kann; weil die Demonstrationsteilnahme mit dem Postmaterialismus im 30. Lebensjahr hoch korreliert, sollte ohne diesen Prädiktor die Stabilität des Postmaterialismus höher sein – wie die deskriptiven Ergebnisse zeigen (Mays 2008: 117). – Die Stabilität der Sachzwänge zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr ist weiterhin mit der Stabilität eines latenten Konstrukts „progressive politische Wertvorstellungen“ zwischen dem 15. und 35 Lebensjahr (.71) in einer deutschen Untersuchung vergleichbar (Grob 2009: 347).

werden, die mit beiden Polen verbunden sind. Wertansprüche lassen sich durch Überzeugungen rechtfertigen, über die man mit sich selbst und anderen argumentieren kann. Die Argumente breiten ein Problemfeld aus und laufen nicht auf einen Punkt zu. Was aus ihnen abgeleitet wird, kann sich daher leicht verändern. In der Tat ist in einer Längsschnittstudie vom 4. bis zum 22. Lebensjahr die Stabilität der Neigung, soziale Konflikte unter moralischen Imperativen zu lösen, sehr gering (Nunner-Winkler 2009: 542). Sachzwänge hingegen beruhen auf Zusammenhängen, die durchschaut werden müssen. Einzelne Erfahrungen können sich daher wechselseitig bekräftigen und kumulieren, so dass sie mit der Zeit fester zusammengefügt, also stabiler werden.

Die *Widerstreithypothese* wird nur im mittleren Erwachsenenalter bestätigt: Zwar haben in WB43 beide Pole einen negativen Einfluss auf den jeweils anderen Pol; aber in WB56 mindert nur die Anerkennung von Sachzwängen Wertansprüche und der leicht negative Regressionskoeffizient der Wertansprüche auf die Anerkennung von Sachzwängen ist nicht signifikant ( $t=-1.22$ ). Der Widerstreit der Pole bleibt zwar im großen Ganzen bestehen. Aber im späten Erwachsenenalter setzen sich Wertansprüche nicht mehr gegen die Erfahrung von Sachzwängen durch, während die Anerkennung von Sachzwängen nach wie vor Wertansprüche relativiert. Je älter man wird, desto weniger wird das Denken über politische Probleme von Wertansprüchen und desto mehr wird es von der Sachlogik dominiert.

Dieser Schluss gewinnt Plausibilität, wenn man die Entwicklung der negativen Einflüsse zwischen den beiden Zeitpunkten vergleicht: Die Wertansprüche durchkreuzen eine Anerkennung von Sachzwängen immer weniger, aber die Erkenntnis von Sachzwängen relativiert Wertansprüche immer mehr. Werte verlieren ihre Dominanz über Sachanalysen, und Sachanalysen spielen immer mehr in Wertüberzeugungen hinein. Erwachsenwerden heißt nicht nur – wie Abbildung 1 gezeigt hat – in breiteren Funktionszusammenhängen über politische Probleme zu denken, sondern auch dieser Sicht mehr Gewicht in der Meinungsbildung einzuräumen.

Die *Konsolidierungshypothese* wird nicht durchgängig bestätigt. Die Stabilität der Wertansprüche bleibt konstant, nur die Stabilität der Anerkennung von Sachzwängen steigt. Während Stabilität und Wechsel sich bei den Wertansprüchen die Waage halten, wird die Anerkennung von Sachzwängen zunehmend stabiler. Der Blick auf Funktionszusammenhänge gewinnt mit dem Fortschreiten im Erwachsenenalter Gewicht und verfestigt sich. Nach dem 43. Lebensjahr wird er mit ,83 so stabil, dass er sich nahezu aus sich selbst schöpft. Auf der einen Seite können Ansprüche, die Bürger an die politische Umwelt stellen, durch Erfahrungen erschüttert, also zurückgenommen oder hochgeschraubt werden; und weil diese Erschütterungen sich im Leben mehr oder minder gleich und zufällig verteilen, wird die konstante Stabilität der Wertansprüche verständlich. Auf der anderen Seite werden Sach-

zwänge durch die politische Bewältigung der Probleme hervorgerufen und Bürger können diesen Ablauf kontinuierlich registrieren. Weil in dieser Weise Erfahrung und Anerkennung von Sachzwängen sich im Laufe des Lebens kumulieren, wird die wachsende Stabilität der Anerkennung von Sachzwängen verständlich.

Blickt man auf die zeitkonstanten exogenen Prädiktoren, so hat die Demonstrationsteilnahme auf WA30 einen positiven und auf SZ30 einen negativen Einfluss. Die *Sozialisationshypothese* wird bestätigt. Weiterhin stellen Männer weniger Wertansprüche als Frauen und erkennen häufiger Sachzwänge an. Da im Modell Berufserfahrungen kontrolliert sind, spiegelt das wohl eine geschlechtsspezifische Sozialisation. In einer Längsschnittstudie vom 4. bis zum 22. Lebensjahr sind Jungen etwa ab dem 8. Lebensjahr weniger geneigt als Mädchen, soziale Konflikte nach moralischen Imperativen zu lösen (Nunner-Winkler 2009: 541); die stärkere Neigung der Männer zur Anerkennung von Sachzwängen kann dazu als Gegenteil gesehen werden.

Blickt man auf die zeitveränderlichen exogenen Prädiktoren, so senken die Dauer der Erwerbstätigkeit und die Höhe des letzten Erwerbseinkommens bis zum 30. Lebensjahr WA30 und steigern SZ30. Die *Berufserfahrungs-* und die *Aufstiegshypothese* werden bestätigt. Auch auf WA43 und SZ43 haben Dauer der Erwerbstätigkeit und Einkommengewinn zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr die gleichen Einflüsse; für WA56 und SZ56 sind jedoch die Dauer der Erwerbstätigkeit und der Einkommengewinn zwischen 43. und 56. Lebensjahr bedeutungslos. Vergleicht man die Einflüsse zwischen den drei Wiederbefragungen, so gehen die positiven und negativen Einflüsse der Erwerbsdauer und des Einkommengewinns fast durchweg monoton zurück. Die *Immunisierungshypothese* wird bestätigt.

Wie erwartet geht also das Anwachsen der endogenen Einflüsse mit einem Rückgang der exogenen zeitveränderlichen Einflüsse Hand in Hand. Zwischen dem frühen und späten Erwachsenenalter verfestigen sich Wertansprüche und die Anerkennung von Sachzwängen und werden von beruflichen Lebenserfahrungen unabhängig. Allerdings entspricht die Form der Verfestigung nicht ganz der Erwartung: Nicht beide Pole verfestigen sich, sondern allein die Anerkennung von Sachzwängen. Zudem dämpft die Anerkennung zunehmend Wertansprüche, während Wertansprüche die Anerkennung immer weniger relativieren. Stabilität und Entwicklung schließen also einander nicht aus. Aber die Stabilität gewinnt im Laufe des Lebens die Oberhand über die Entwicklung. Und die Stabilität wächst dort, wo soziale Verhältnisse durchschaut werden – nicht dort, wo an sie Ansprüche gestellt werden.

#### **4. Schluss: Die Dominanz der Anerkennung von Sachzwängen in der Entwicklung**

Zwischen dem 30. und 56. Lebensjahr setzt sich selbst in einer durch Bildung privilegierten Gruppe die Anerkennung von Sachzwängen auf Kosten von Wertansprüchen als dominante Einstellung durch. Zugespitzt: Wertansprüche sind das Vorrecht der Jugendlichen, die Anerkennung von Sachzwängen ist die Errungenschaft des Erwachsenenalters. Aber nicht nur das Niveau, sondern auch die Struktur der Einflüsse verschiebt sich: Die Anerkennung von Sachzwängen übernimmt von den Wertansprüchen die Führerschaft in der Entwicklung beider. Das ist an drei Ergebnissen sichtbar geworden.

Erstens nehmen der negative Einfluss der Wertansprüche auf die Anerkennung von Sachzwängen ab und der negative Einfluss der Anerkennung von Sachzwängen auf Wertansprüche zu. Die Dominanz im kausalen Widerstreit zwischen beiden Polen verlagert sich: Während im 43. Lebensjahr Wertansprüche die Anerkennung von Sachzwängen blockieren, relativiert im 56. Lebensjahr die Anerkennung von Sachzwängen die Wertansprüche.

Zweitens ist die Stabilität der Wertansprüche deutlich geringer als die der Anerkennung von Sachzwängen. Drittens bleibt die Stabilität der Wertansprüche konstant, die der Anerkennung von Sachzwängen wächst. Beides erklärt sich vermutlich aus der gegensätzlichen Bewegungsrichtung von Wertansprüchen und der Anerkennung von Sachzwängen. Auf der einen Seite sind Werte Ausgangspunkt, um Ansprüche an die Politik jenseits von Leistungsansprüchen zu begründen. Aber ein Wert lässt sich auf viele Weisen deuten, zwischen denen unter dem Eindruck von Argumenten und Erfahrungen leicht gewechselt werden kann. Die Basis der Ansprüche kann also im Lebenslauf schwanken; sie verfestigt sich nicht. Weil das Verständnis von Werten sich im Lebenslauf verschieben kann, sollte die Stabilität von Wertansprüchen relativ niedrig sein und nicht wachsen. Auf der anderen Seite werden politische Sachzwänge erkannt, indem politische Probleme im Zusammenhang gesehen werden – also die möglichen Alternativen überblickt, der Konflikt der betroffenen Interessen verstanden und die Folgen von Entscheidungen abgeschätzt werden. Dann bauen neue Erkenntnisse auf bisherigen auf und der Lernprozess kumuliert. Die Stabilität der Anerkennung von Sachzwängen sollte also relativ hoch sein und im Lauf des Lebens wachsen. Kurzum: Wertansprüche beruhen auf der Bilanz widerstreitender Argumente, die unter wechselnden Erfahrungen immer wieder neu gezogen wird; die Anerkennung von Sachzwängen spiegelt Lernerfolge, die aufeinander aufbauen und kumulieren. Deshalb ist die Stabilität von Sachzwängen höher und wächst im Lebenslauf.

Dass die Anerkennung von Sachzwängen das Gegenstück zu Wertansprüchen ist, wird im Lebenslauf am Niveau und an der Dynamik beider Pole sichtbar. Aber sie zeigen sich nur, wenn Sachzwänge und Wertansprüche gedanklich getrennt und separat erhoben werden. Als Postmaterialismus aber werden nur Wertansprüche konzipiert, so dass weder der Wechsel des Primats noch der kausalen Dominanz zwischen beiden Polen sichtbar werden kann. Die Blindheit der Empirie ist Folge der Einseitigkeit des Konzepts. Es zielt auf die Vorlieben der Jugend und kann die Entwicklung im Erwachsenenalter weder bezüglich des Niveaus noch der Dynamik erfassen.

## Literatur

- Alwin, Duane F./Jackson, Donald J.*, 1979: Measurement Models for Response Errors in Surveys: Issues and Applications, in: Karl F. Schuessler (Hrsg.), *Sociological Methodology 1980*, San Francisco, 68-119.
- Birkelbach, Klaus*, 2011: Ausfälle im Kölner Gymnasiastenpanel 1969 – 2010: Ursachen und mögliche Folgen für die Datenqualität, in: Klaus Birkelbach/Heiner Meulemann (Hrsg.), *Vor dem Lebensabend – eine dritte Wiederbefragung zu Lebenserfolg und Erfolgsdeutung ehemaliger 16jähriger Gymnasiasten im 56. Lebensjahr. Erste Ergebnisse. Forschungsbericht zur Vorlage bei der DFG*, Köln, Essen, 1-30.
- Bollen, Kenneth A./Brand, Jennie E.*, 2010: A general Panel Model with Random and Fixed Effets: A Structural Equations Approach, in: *Social Forces* 89 (1), 1-34.
- Buhl, Monika*, 2003: *Jugend, Familie, Politik. Familiäre Bedingungen und politische Orientierungen im Jugendalter*, Opladen.
- De Graaf, Nan Dirk/Hagenaars, Jacques/Ruud Luijckx, Ruud*, 1989: Intergenerational stability of postmaterialism in Germany, the Netherlands and the United States, in *European Sociological Review* (5), 183-197.
- Fend, Helmut/Berger, Fred/Grob, Urs (Hrsg.)*, 2009: *Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück*, Wiesbaden.
- Grob, Urs*, 2009: Die Entwicklung politischer Orientierungen vom Jugend- ins Erwachsenenalter, in: Helmut Fend/Fred Berger/Urs Grob (Hrsg.), *Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück*, Wiesbaden, 329-372.
- Inglehart, Ronald*, 1977: *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton.
- Inglehart, Ronald*, 1989: Political Value Orientation, in: M. Kent Jennings/Jan W. van Deth (Hrsg.), *Continuities in Political Action*, Berlin, New York, 67-102.

- Inglehart, Ronald*, 1997: *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*, Princeton.
- Jennings, M. Kent/Stoker, Laura*, 1999: *The Persistence of the Past: The Class of 1965 Turns Fifty*. Center for Research in Society and Politics, Los Angeles, eScholarship.
- Jennings, M. Kent/Stoker, Laura*, 2004: *Social Trust and Civic Engagement across Time and Generations*, in: *Acta Politica* 39, 342-379.
- Klein, Markus*, 2008: *Der Wandel des Wertewandels. Die Entwicklung von Materialismus und Postmaterialismus in Westdeutschland zwischen 1980 und 2006*, in: Erich H. Witte (Hrsg.), *Sozialpsychologie und Werte*, Lengerich, 30-44.
- Kob, Janpeter*, 1963. *Erziehung in Elternhaus und Schule*, Stuttgart.
- Mays, Anja*, 2008: *Der Einfluss jugendlicher Sozialisationserfahrungen auf ausgewählte Aspekte der politischen Identität im Erwachsenenalter*, Dissertation, Sozialwissenschaftliche Fakultät Georg-August-Universität Göttingen.
- Meulemann, Heiner*, 1990: *Wertansprüche und Sachzwänge. Die Wertedimension im politischen Konflikt, einmal nicht als Postmaterialismus gesehen*, in: Karl Schmitt (Hrsg.), *Wahlen, Parteien, politische Einstellungen*, Frankfurt a. M., 99-134.
- Meulemann, Heiner*, 1996: *Die Geschichte einer Jugend. Lebenserfolg und Erfolgsdeutung ehemaliger Gymnasiasten zwischen dem 15. und 30. Lebensjahr*, Opladen.
- Meulemann, Heiner*, 2001: *Rückblick: Identitätswahrung und Lebensmitte*, in: Heiner Meulemann/Klaus Birkelbach/Jörg-Otto Hellwig (Hrsg.), *Ankunft im Erwachsenenleben. Lebenserfolg und Erfolgsdeutung in einer Kohorte ehemaliger Gymnasiasten zwischen 16 und 43*, Opladen, 407-413.
- Meulemann, Heiner/Birkelbach, Klaus*, 2001: *Biographische Erfahrungen und politische Einstellungen zwischen Jugend und Lebensmitte. Die Entwicklung von Wertansprüchen an die Politik bei ehemaligen Gymnasiasten im 16., 30. und 43. Lebensjahr zwischen 1969 – 1997*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42, 30-50.
- Meulemann, Heiner/Birkelbach, Klaus*, 2011: *Vor dem Lebensabend – eine dritte Wiederbefragung zu Lebenserfolg und Erfolgsdeutung ehemaliger 16jähriger Gymnasiasten im 56. Lebensjahr. Erste Ergebnisse. Forschungsbericht zur Vorlage bei der DFG, Köln und Essen*.
- Nunner-Winkler, Gertrud*, 2009: *Prozesse moralischen Lernens und Entlernens*, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 55, 528-548.
- Parsons, Talcott/Shils, Edward*, 1951: *Toward a General Theory of Action*, New York.

- Scheuer, Angelika*, 2013: Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen, in: Datenreport 2013, Bonn, 377-384.
- Sigel, Roberta S.*, 1989: Political Learning in Adulthood. A Sourcebook of Theory and Research, Chicago.
- Tormos, Raul*, 2012: Postmaterialist Values and Adult Political Learning. Intracohort Value Change in Western Europe, in: Revista Espanola de Investigaciones Sociologicas – REIS 140, 201-228.
- Weiss, Wolfgang W.*, 1981: Überlegungen für ein theoretisches Modell politischer Sozialisation, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Politische Psychologie, Opladen, 37-55.
- Wheaton, Blair*, 1988: Assessment of Fit in Over-Identified Models with Latent Variables, in: J. Scott Long (Hrsg.), Common Problems / Proper Solutions. Avoiding Error in Quantitative Research, Newbury Park u. a., 193-225.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Heiner Meulemann  
Institut für Angewandte Sozialforschung  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Universität zu Köln  
Greinstraße 2  
50939 Köln  
E-Mail: meulemann@wiso.uni-koeln.de